

# Welt Trends

— Zeitschrift für internationale Politik —

## Atomare Abrüstung



Vision und Realität  
Global Zero – jetzt!  
Obamas Nuclear Deal  
Prager Hoffnungen  
Nahe Osten - kernwaffenfrei?

### WeltBlick

Polen nach den Wahlen  
Spannungen Türkei-Israel  
Kolumbien unter Santos

### Forum

Transatlantische Zukunft

### Analyse

Natürliche Partner:  
Deutschland und China

### Bücher & Tagungen

WE SHALL BEAT OUR SWORDS INTO PLOWSHARES

# Inhalt

1

**Editorial**

4

**WeltBlick**

- 5 Polen nach den Wahlen  
*Holger Politt*
- 9 Troubled Relations: Turkey and Israel  
*Laurence Weinbaum*
- 13 Moderate Töne aus Kolumbien  
*Raul Zelik*



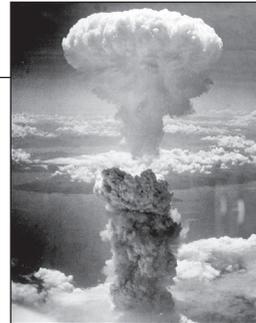
20

**Zwischenruf von Attila Kiraly**

22

**Thema: Atomare Abrüstung**

- 25 Eine Welt ohne Atomwaffen?  
*Markus Kornprobst*
- 33 Obamas New Nuclear Deal  
*Harald Müller*
- 44 Ein „neues Prag“ muss her!  
*Hubert Thielicke*
- 49 Nukleare Abrüstung in Nahost  
*Liviu Horovitz und Roland Popp*
- 59 Atomarer Diskurs  
*Martin Senn*
- 68 Global Zero: Eine Welt ohne Atomwaffen
- 70 **Statistik**



72

**Porträt: Alfonso Garcia Robles – Der Abrüster**  
*Hubert Thielicke*



**Analyse: China und Deutschland**  
*Yu-ru Lian*

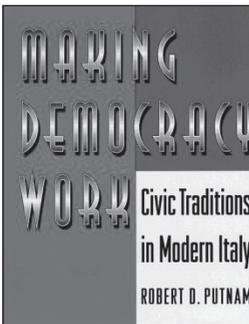
**74**

**LipGlosse: Chevi-Gate made in Texas**

**82**

**Forum: Transatlantische Zukunft**  
*Harald Leibrecht*

**84**



**Bücher und Tagungen**

**92**

UN in einer bitteren Welt? **93**  
*Literaturbericht von Jan-Hendrik Lauer*

Wiedergelesen: Robert D. Putnam  
Making Democracy Work **100**

Rezensionen **102**

Annotationen **114**

Neuerscheinungen **116**

Konferenzen **118**

**Register 2011** **122**

Briefe an die Redaktion **138**

Impressum **140**

**Zwei Jahre nach Prag**  
*Kommentar von Götz Neuneck*

**142**

**Wort und Strich**

**144**

# Moderate Töne aus Kolumbien

Ein Jahr nach Uribe

Raul Zelik

Süd- und Mittelamerika, Guerilla, Entwicklungspolitik

Mit dem Amtsantritt von Präsident Santos 2010 hat sich das politische Klima in Kolumbien spürbar verändert. Der ehemalige Verteidigungsminister Uribe distanziert sich von seinem einstigen Vorgesetzten: Außenpolitisch sucht Santos Kontakt zu den Nachbarstaaten, im Land selbst darf wieder über den bewaffneten Konflikt mit der Guerilla diskutiert werden. An der neoliberalen Wirtschaftspolitik hält jedoch auch Präsident Santos fest.

In den Medien wird die Präsidentschaft Álvaro Uribe (2002 bis 2010) als Erfolgsgeschichte interpretiert. Während seiner Amtszeit habe sich die Sicherheitslage Kolumbiens spürbar verbessert, die Wirtschaft habe wichtige Wachstumsimpulse erhalten und das Land sei für ausländische Investoren attraktiver geworden. Tatsächlich hat Siemens in der Nähe der Hauptstadt Bogotá einen der modernsten Produktionsstandorte Süd- und Mittelamerikas errichtet, von dem aus der gesamte Markt dieser Region (mit Ausnahme Brasiliens) beliefert werden soll,<sup>1</sup> und die transnationalen Bergbau- und Ölkonzerne reißen sich um kolumbianische Förderlizenzen. Anders als vor zehn Jahren, als ausländische Unternehmen fast sicher mit der Entführung ihrer Manager rechnen mussten, sind diese Risiken heute überschaubar. Die Wohnviertel der Oberschicht sind sicherer geworden, die Überlandstraßen, 2002 noch in den Händen der Guerillas, nun wieder gut befahrbar. Auf den ersten Blick scheint sich die von Washington mit sieben Milliarden US-Dollar gesponserte Sicherheitspolitik der Regierung Uribe also ausgezahlt zu haben.<sup>2</sup> Die ausländischen Direktinvestitionen schnellten von 1,7 Milliarden US-Dollar (Stand 2003) auf 10,6 Milliarden US-Dollar (Stand 2008) hoch,<sup>3</sup> die Arbeitslosenquote sank von 16,7 Prozent im Krisenjahr 2000 auf 10,6 Prozent im Jahr 2010.<sup>4</sup>



Dr. Raul Zelik, geb. 1968, Professor für Politikwissenschaften an der Universidad Nacional de Colombia in Medellín. [raul.zelik@emdash.org](mailto:raul.zelik@emdash.org)

1 Vgl. Kolumbien: Gute Geschäfte – ohne Drogen. In: DW-World.de. <http://www.dw-world.de/dw/episode/0,,15212057,00.html> (abgerufen am 10.10.2011).

2 Vgl. Rojas, Diana Marcela: El taller del imperio global. Análisis de la intervención de Estados Unidos en Colombia (1998-2008). In: Análisis Político no. 65/2009.

3 Vgl. Bonilla, Ricardo: Apertura y reprimarización de la economía colombiana. In: Nueva Sociedad 231/2011, S. 60.

4 Vgl. ebd. S. 51.

## Verlagerung der Gewalt

Bei genauerer Betrachtung fällt die Bilanz allerdings weniger eindeutig aus. Zwar ist der Anteil der Armutsbevölkerung zurückgegangen, doch dieser Rückgang liegt deutlich unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt.<sup>5</sup> Mit einem GINI-Koeffizienten von 0,58<sup>6</sup> ist die Einkommensungleichheit Kolumbiens heute die größte in ganz Südamerika. Die Sicherheitspolitik scheint in erster Linie dem wohlhabenderen Teil der Bevölkerung zugute gekommen zu sein. Kolumbien mag für Investoren, Touristen und Viehzüchter sicherer geworden sein, in den Armenvierteln und auf dem Land hingegen wurden neue Gewaltdynamiken in Gang gesetzt. Deutlich zeigt sich das in Medellín, wo die Mordrate nach einer Phase relativer Ruhe seit 2006 – also noch während Uribes Amtszeit – wieder stark anstieg und mittlerweile bei über 2000 Morden jährlich liegt.<sup>7</sup> Aber auch in jenen ländlichen Gebieten, in denen das Kabinett Uribes besonders große Anstrengungen zur Guerillabekämpfung unternahm, lässt sich eine Eskalation der Gewalt beobachten. Die Regierung in Bogotá erklärt diese Entwicklung mit dem Erstarken krimineller Banden, den sogenannten BACRIMs. Nach der Demobilisierung der AUC-Paramilitärs (Autodefensas Unidas de Colombia) hätten sich viele der insgesamt 30.000 entwaffneten Mitglieder der organisierten Kriminalität angeschlossen. Da die Banden um die Kontrolle von Stadtvierteln und Drogenumschlagsplätzen konkurrieren, komme es zu besonders vielen Gewaltverbrechen.

Bei dieser Darstellung wird allerdings unterschlagen, dass die Sicherheitspolitik der vergangenen Jahre den Grundstein für diese Entwicklung legte. Denn auch die paramilitärischen AUC waren nie wirklich eine *politische* Organisation. Ihre Anführer, so etwa die berüchtigten Castaño-Brüder Carlos, Fidel und Vicente oder die Nummer drei der AUC, Don Berna, stammten aus den Reihen der organisierten Kriminalität und begannen ihre Karrieren als Auftragsmörder. Politisch waren die Paramilitärs nur insofern, als sie im Auftrag von Geheimdiensten, Unternehmern und Militärs Morde verübten. Im Gegenzug durften



### Weiterlesen:

S. Schuster,

Kolumbien: Frieden im Krieg?

WeltTrends 73

5 Vgl. CEPAL 2011, S. 13.

6 Vgl. Bonilla, Ricardo: Apertura y reprimarización de la economía colombiana, in: Nueva Sociedad 231/2011, S. 51.

7 Vgl. Quiceno, Alejandro: Informe de derechos humanos en Colombia 2010. In: Paz con Dignidad, 2011, S. 34. [http://www.pazcondignidad.org/files/Investigaci\\_n%20BAJA.pdf](http://www.pazcondignidad.org/files/Investigaci_n%20BAJA.pdf) (abgerufen am 20.9.2011).

sie unbehelligt ihren illegalen Geschäften nachgehen. Obwohl sich Uribe als politischer Saubermann gab, beruhte die von ihm entwickelte Sicherheitsarchitektur also letztlich auf einer informellen Allianz mit der organisierten Kriminalität. Dank dieser Zusammenarbeit gelang es zwar, die Guerilla zurückzudrängen; und es stimmt auch, dass Uribe die AUC-Führer 2006 (just als diese anfangen, über ihre Hintermänner in Politik und Wirtschaft auszusagen) ausschaltete. Doch das ändert nichts daran, dass der Expräsident und die von ihm repräsentierte kolumbianische Rechte zunächst 25 Jahre systematisch mit der organisierten Kriminalität paktierten und diese dadurch stärkten. Das ist in Uribes Heimatstadt Medellín besonders offensichtlich: 2002 griff die Armee hier auf die Strukturen von Banden und Mafia zurück, um die von Guerillamilizen kontrollierten Armenvierteln zu erobern.<sup>8</sup> Dadurch wurde zwar die Guerilla vertrieben, doch die Macht der organisierten Kriminalität wuchs. Heute ist die Situation in diesen Bezirken deutlich gewalttätiger als vor zehn Jahren unter der Herrschaft der Guerilla.

### Retter in der Not?

Vor diesem Hintergrund lässt sich erahnen, warum der seit 2010 amtierende Präsident Juan Manuel Santos auf Distanz zu Uribe gegangen ist. Obwohl Santos seinem Vorgänger als Verteidigungsminister und Chef der Regierungspartei gedient hatte, leitete er unmittelbar nach der Wahl einen Politikwechsel ein. Er schlug gegenüber der Opposition versöhnliche Töne an und bildete eine All-Parteien-Koalition unter Einschluss von Liberaler und Grüner Partei. Seine Regierung brachte ein Gesetz zur Rückgabe geraubten Landes auf den Weg, das besonders die Interessen der von Uribe repräsentierten Großgrundbesitzer trifft, kündigte die Aufhebung einiger besonders gewerkschaftsfeindlicher Leiharbeitsregelungen an und spricht, anders als sein Vorgänger, von der Existenz eines „internen bewaffneten Konflikts“ – dies hat die Tür zu Friedensgesprächen mit der Guerilla wieder einen Spalt weit geöffnet.

Für Expräsident Uribe besonders schwer verkraftbar scheint jedoch Santos' Annäherung an die lateinamerikanischen Nachbarstaaten zu sein.<sup>9</sup> Hatte der Expräsident keine Gelegenheit ausgelassen, den Konflikt mit Venezuelas



**Weiterlesen:**  
R. J. Leiteritz,  
Kolumbien unter Uribe  
*WeltTrends* 61

8 Vgl. Los Angeles Times 25.3.2007 und El Tiempo 23.6.2009.

9 Vgl. Ramírez, Socorro: El giro de la política exterior colombiana. In: Nueva Sociedad 231/2011.

Staatschef Hugo Chávez anzuheizen, pflegt Santos heute demonstrativ gute Beziehungen zu den Links- und Mittel-links-Regierungen auf dem Subkontinent. Der außenpolitische Kurswechsel drückte sich u. a. darin aus, dass die oppositionelle kolumbianische Linkspolitikerin María Emma

Mejía auf Vorschlag Bogotás zur Generalsekretärin der südamerikanischen Staatengemeinschaft UNASUR (Unión de Naciones Suramericanas) gewählt wurde.

Einige europäische Medien haben diesen Politikwechsel als „Linksruck“ bezeichnet. Doch die neue Linie ist weniger programmatischen Vorstellungen geschuldet denn machtpolitischen Kalkülen. Anders als der aus den aufstrebenden Provinzeliten stammende Uribe kommt Santos aus der traditionellen Oberschicht Bogotás. Sein Großonkel war bereits in den 1930er Jahren Staatschef, der Santos-Familie gehört der wichtigste Medienkonzern des Landes (darunter auch die größte Tageszeitung El Tiempo) und als Politiker saß Santos seit 1991 bei fast jedem Präsidenten mit am Kabinetttisch: als Außenhandels-, Finanz- und

Kolumbien in Daten	
Einwohner	44,5 Mio. (Deutschland: 82 Mio.)
Fläche	1,141 Mio. km <sup>2</sup> (Deutschland: 349.000 km <sup>2</sup> )
Bevölkerung	58 % Mestizen, 20 % Europäer, 14 % Mulatten, 4 % Afrikaner, 4 % andere
Hauptstadt	Bogotá
Staatsform	Präsidialrepublik; Kongress mit Senat und Repräsentan- tenhaus
Staatsoberhaupt/ Regierungschef	Juan Manuel Santos
Religionen	95 % katholisch; auch US- amerikanische evangelikale Sekten
BIP pro Kopf 2009 im regionalen Vergleich (in Euro)	Kolumbien: 3.900
	Ecuador: 3.000
	Peru: 3.200
	Brasilien: 6.300
	Venezuela: 9.000
	USA: 35.400 (Deutschland: 31.200)

Quelle: Auswärtiges Amt, Statistisches Bundesamt

schließlich Verteidigungsminister. Vor diesem Hintergrund geht es Santos zum einen darum, die mit dem Paramilitarismus erstarkten Provinzeliten in ihre Schranken zu weisen und die Stellung der traditionellen Machtgruppen wieder zu festigen. Zum anderen scheint er das Staatlichkeitsproblem Kolumbiens umfassender zu verstehen als sein Vorgänger. Setzte Uribe bei der Überwindung der seit Jahrzehnten schwelenden Staatskrise auf eine militärische Strategie zur Durchsetzung des Gewaltmonopols, erkennt Santos die

Risiken einer fortgesetzten Militarisierung. Mit jährlich über vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes steckt Kolumbien mehr Geld in seine Armee als jedes andere lateinamerikanische Land.<sup>10</sup> Da die Pensionskosten für die Militärs zurückgestellt werden, zeichnet sich für die Zukunft ein gigantisches Haushaltsdefizit ab. Hinzu kommt, dass sich die Legitimitätskrise des kolumbianischen Staates kaum mit Waffengewalt überwinden lassen wird.

Die außenpolitische Kurskorrektur schließlich dürfte v. a. damit zu tun haben, dass die Santos-Regierung von einem schleichenden Hegemonieverfall Washingtons ausgeht. Die Annäherung an Brasilien, die südamerikanischen Nachbarstaaten und den asiatischen Raum zielt darauf ab, sich aus der einseitigen und ökonomisch unsinnigen Bindung an die USA zu befreien. Dieser Politikwechsel wird von den kolumbianischen Unternehmern sehr begrüßt, denn Uribes Hardlinertum drohte das Land von wichtigen Absatzmärkten abzuschneiden.

### Entwicklungspolitische Kontinuität

Über die entwicklungspolitischen Vorstellungen der Santos-Regierung darf man DENNOCH keine Illusionen hegen. Der Präsident steht wirtschaftspolitisch in der Linie seiner Vorgängerregierungen. Seit 1990 ist die Entwicklungsstrategie des Landes klar neoliberal ausgerichtet und Santos will daran nichts ändern. Folgerichtig treibt seine Regierung eine Teilprivatisierung der Hochschulen und eine weitere Öffnung des Landes gegenüber transnationalen Unternehmen voran, Bergbau und Agrarmonokulturen werden als „Entwicklungslokomotiven“ bezeichnet. Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten, dass sich die seit der Weltmarktöffnung Kolumbiens vor 20 Jahren zu beobachtende „Reprimarisierung“ der Wirtschaft weiter fortsetzen wird.

Der soziale und ökologische Preis für diese Entwicklungsstrategie ist hoch. Kolumbianischen Nichtregierungsorganisationen zufolge haben internationale Bergbauunternehmen für 40 Prozent des kolumbianischen Territoriums Schürflizenzen



**Weiterlesen:**  
R. Zeilik,  
Venezuelas Entwicklung  
*WeltTrends* 60

<sup>10</sup> Vgl. die Weltbankdaten unter <http://datos.bancomundial.org/indicador/MS.MIL.XPND.GD.ZS> (abgerufen am 20.9.2011). Werden andere Sicherheitsausgaben mitberücksichtigt, liegt die Zahl sogar bei über fünf Prozent; vgl. Vargas, Alejo / García Pinzón, Viviana: Seguridad ciudadana y gasto público, reflexiones sobre el caso colombiano. In: América Latina Hoy 50, 2008. <http://redalyc.uaemex.mx/pdf/308/30810929003.pdf> (abgerufen am 20.9.2011).

beantragt.<sup>11</sup> Hier wird meist das die Umwelt besonders stark belastende Tagebauverfahren angewandt. Dazu kommt, dass die Entwicklungsstrategie auch weiterhin extrem gewalttätig durchgesetzt wird. So wurde der Pfarrer der Minenstadt Marmato, José Reynel Restrepo, Anfang September von Unbekannten erschossen. Gleichzeitig verschwanden in Bogotá zwei Menschenrechtsanwälte. Restrepo war Sprecher einer Bürgerinitiative gegen die Ausbeutung lokaler Goldvorkommen durch ein transnationales Unternehmen.

Die Santos-Regierung mag moderater auftreten als diejenige Uribes und die AUC sind demobilisiert, doch der schmutzige Krieg gegen die Opposition im Land geht, etwas weniger massiv und sichtbar als früher, trotzdem weiter. 🌐

11 Vgl. die Erklärung des „Red Colombiana Frente a la Gran Minería Transnacional, Reclame“. <http://deslinde.org.co/Segundo-Encuentro-Nacional-de-la.html> (abgerufen am 20.9.2011).

## Potsdamer Textbücher

- PTB 1:** Regionen in der Europäischen Union
- PTB 2:** Polen – Staat und Gesellschaft
- PTB 3:** Naher Osten – Politik und Gesellschaft
- PTB 4:** Totalitäre und autoritäre Regime
- PTB 5:** Kommunale Selbstverwaltung
- PTB 6:** Die verschwundene Diplomatie
- PTB 7:** Recht in der Transformation
- PTB 8:** Das moderne Polen
- PTB 9:** Making Civil Societies Work
- PTB 10:** Im Wandel, Polen und Deutsche
- PTB 11:** Castro und kein Ende
- PTB 12:** Die Babelberger Diplomatschule

Potsdamer Textbücher

**PTB**

Erhard Crome (Hrsg.)

**Die Babelberger  
Diplomatschule**

Das Institut für  
Internationale Beziehungen der DDR

WeltTrends

bestellung@weltrends.de, [www.weltrends.de](http://www.weltrends.de) und bei [amazon/weltrends](https://www.amazon.de)

# Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

## Themenhefte

- |                                          |                                              |
|------------------------------------------|----------------------------------------------|
| 81   Atomare Abrüstung                   | 45   Von Dynastien und Demokratien           |
| 80   Japan in der Katastrophe            | 44   Modernisierung und Islam                |
| 79   Rohstoffpoker                       | 43   Großmächtiges Deutschland               |
| 78   Polen regiert Europa                | 42   Europäische Außenpolitik                |
| 77   Vom Fremden zum Bürger              | 41   Transatlantische Perspektiven II        |
| 76   Herausforderung Eurasien            | 40   Transatlantische Perspektiven I         |
| 75   Exit Afghanistan                    | 39   Wohlfahrt und Demokratie                |
| 74   Vergessene Konflikte                | 38   Politisierung von Ethnizität            |
| 73   Klimapolitik nach Kopenhagen        | 37   Vergelten, vergeben oder vergessen?     |
| 72   Südafrika und die Fußball-WM        | 36   Gender und IB                           |
| 71   Selektive Grenzen                   | 35   Krieg im 21. Jahrhundert                |
| 70   Brodelnder Iran                     | 34   EU-Osterweiterung im Endspurt?          |
| 69   Europäische Brüche                  | 33   Entwicklungspolitik                     |
| 68   NATO in der Sinnkrise               | 32   Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden? |
| 67   Außenpolitik in Schwarz-Rot         | 31   Recht in der Transformation             |
| 66   Energiesicherheit Deutschlands      | 30   Fundamentalismus                        |
| 65   Naher Osten – Ferner Frieden        | 28   Deutsche Eliten und Außenpolitik        |
| 64   Konfliktherd Kaukasus               | 27   10 Jahre Transformation in Polen        |
| 63   Geopolitik Ost                      | 26   (Ab-)Rüstung 2000                       |
| 62   Zerrissene Türkei                   | 24   Wohlfahrtsstaaten im Vergleich          |
| 61   Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 21   Neue deutsche Außenpolitik?             |
| 60   Russische Moderne                   | 20   Demokratie in China?                    |
| 59   EU-Außenpolitik nach Lissabon       | 19   Deutsche und Tschechen                  |
| 58   Regionalmacht Iran                  | 18   Technokratie                            |
| 57   Ressource Wasser                    | 17   Die Stadt als Raum und Akteur           |
| 56   Militärmacht Deutschland?           | 16   Naher Osten – Region im Wandel?         |
| 55   G8 Alternativ                       | 14   Afrika – Jenseits des Staates           |
| 54   Identität Europa                    | 12   Globaler Kulturkampf?                   |
| 53   Rotes China Global                  | 11   Europa der Regionen                     |
| 52   Deutsche Ostpolitik                 | 8   Reform der UNO                           |
| 51   Geheime Dienste                     | 7   Integration im Pazifik                   |
| 50   Kerniges Europa                     | 6   Zerfall von Imperien                     |
| 49   Militär in Lateinamerika            | 5   Migration                                |
| 48   Internet Macht Politik              | 3   Realer Post-Sozialismus                  |
| 47   Europäische Arbeitspolitik          | 2   Chaos Europa                             |
| 46   Globale Finanzmärkte                | 1   Neue Weltordnung                         |

## Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an [bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)

... auf [www.amazon.de](http://www.amazon.de) – Suchwort „Welttrends“

[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)